



Osteuropa 25 Jahre nach der Wende: Konsolidierung und neue Herausforderungen

Mönchengladbacher Gespräche am 12. und 13. Juni 2015

In diesem Jahr wurden die Mönchengladbacher Gespräche der Katholisch Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ) bereits zum fünften Mal in Kooperation mit der Kommission der Bischofskonferenzen in der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) ausgerichtet. Im Ratssaal der Stadt Mönchengladbach trafen sich ca. 100 Theologen und Sozialwissenschaftler, kirchlich und gesellschaftlich Engagierte sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger zum oben genannten Tagungsthema. Dabei ging es zum einen um eine Bilanzierung bisheriger Transformationsprozesse hin zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft. Zum anderen gewann die Tagung durch die Fokussierung der Ukraine eine besondere Aktualität. Die kriegerischen Auseinandersetzungen im Osten des Landes sowie die russische Annexion der Krim verstärken tief verwurzelte Bedrohungsängste vieler osteuropäischer Länder und veranlassen auch die westlichen Staaten zu politischen und wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen. Es steht inzwischen die Frage im Raum, ob die Staatengemeinschaft vor einem neuen Kalten Krieg steht.

Nach der thematischen Einleitung durch den Direktor der KSZ, Msgr. Prof. Dr. Peter Schallenberg, hielt Bischof Dr. Janusz Stepnowski aus der Diözese Lomza in Polen den ersten Vortrag. Unter dem Titel „Europäische Solidarität in Zeiten der Krise und Unsicherheit“ entfaltete er den Solidaritätsbegriff aus theologiegeschichtlicher und ethischer Perspektive, um ihn dann als Maßstab zur Wertung des politischen Geschehens in Europa anzulegen. Bischof

Stepnowski betonte, dass die Solidaritätsidee zur Überwindung der in Europa vorhandenen Nationalismen beigetragen habe. Dennoch stoße sie noch immer an Grenzen, wie die wachsende Kluft zwischen armen und reichen Ländern zeige. Deutliche Kritik äußerte er an der seiner Meinung nach unzulänglichen Reaktion vieler westeuropäischen Staaten angesichts der russischen Aggressionen gegenüber der Ukraine und Georgiens. In Osteuropa werde das weithin als ein Mangel an Solidarität wahrgenommen.

Dr. Jörg Basten, Länderreferent des katholischen Osteuropa-Hilfswerks Renovabis, zog im Anschluss eine vorläufige Bilanz der osteuropäischen Transformationsprozesse. In vielen Ländern des ehemals sozialistischen Staatenblocks sei es gelungen, demokratische und marktwirtschaftliche Strukturen zu etablieren und damit dem Ruf der Menschen nach Freiheit und Bürgerrechten nachzukommen. Dieses Aufbegehren bezeichnete Basten als eine „im Prinzip antipolitische Revolution“, da es auf die Respektierung von Menschen- und Grundrechten zielte, die in Westeuropa längst verwirklicht sei. In seinem Referat skizzierte er dann die einzelnen Etappen der politischen Erneuerung und würdigte die Kirchen als Wegbereiter einer innergesellschaftlichen Versöhnung. Trotz dieses erfreulichen Resümees konstatierte Basten auch negative Entwicklungen, zu denen er die wachsende Armut sowie das nachlassende Engagement vieler Menschen für die Demokratie rechnete. Gerade letzteres veranlasste ihn zu der Feststellung,

dass die „Postdemokratie“ im postsozialistischen Raum angekommen sei.

Ein ähnlich differenziertes Bild zeichnete der Leiter des Büros der Konrad-Adenauer Stiftung in Sofia, Dr. Marco Arndt, der sich mit dem Thema „Bulgarien 25 Jahre nach der Wende“ befasste. Seine Kernthese lautete, dass Bulgarien einen Systemwechsel, aber keinen Elitenwechsel durchlaufen habe. Dementsprechend würden die alten Kader noch immer große Teile der Politik und Wirtschaft kontrollieren. Arndt verwies zudem auf die hohe Volatilität des bulgarischen Parteiensystems – Parteien entstünden scheinbar aus dem Nichts, würden in die Regierung gewählt, dann abgewählt, um dann wieder im Nichts zu verschwinden. Außerdem hätten „Korruption auf allen Ebenen der Gesellschaft“ sowie ein Mangel an schlichter gegenseitiger Rücksichtnahme „ein Besorgnis erregendes Maß“ erreicht.

In einem weiteren Vortrag fokussierte Dr. Stefan Sorin Muresan, Ökonom, Unternehmensberater und Lehrbeauftragter für den Bereich Economic Diplomacy, „die Transformation und Ordnungspolitik am Beispiel von Rumänien“. Auch er stellte zwei kontrastierende Seiten heraus, die der Wandel in Rumänien mit sich brachte. Die Revolution, die vor 25 Jahren das Land erfasste, habe Bürger und Unternehmer von der staatlichen Bevormundung befreit und ihnen die Möglichkeit zur Verantwortung und Initiative gegeben. Die ökonomische Isolation, die der Wirtschaftsnationalismus des totalitären Regimes verursachte, wurde durchbrochen, so dass die heimische